

Beamte fliehen in Ruhestand

In Sachsen-Anhalt steigt die Zahl der Staatsdiener, die trotz Abschlägen bei der Pension vorzeitig aus dem Job aussteigen. Ein Berufsverband macht die Rahmenbedingungen verantwortlich.

VON ANTONIUS WOLLMANN

MAGDEBURG. Beamte in Sachsen-Anhalt gehen deutlich häufiger vorzeitig in den Ruhestand als in der Vergangenheit. Dies geht aus einer Antwort des zuständigen Finanzministeriums auf eine Anfrage der Volksstimme hervor. Erreichte vor sechs Jahren noch die deutliche Mehrheit die maximale Altersgrenze (78 Prozent), waren es 2023 nur noch 58 Prozent der Beamtenschaft. Zur Einordnung: Mit dem Stand vom Dezember 2024 arbeiteten 24.434 Beamte im Landesdienst.

Welche Berufsgruppen besonders häufig von Vorruhestandsregeln Gebrauch machen, sei laut einer Sprecherin des Ministeriums nicht nachvollziehbar. Grundsätzlich seien Berufe mit hoher körperlicher oder psychischer Belastung eher geneigt, zum frühestmöglichen Zeitpunkt in Pension zu treten, heißt es dazu vom Beamtenbund Sachsen-Anhalt. Tendenziell seien vor allem Polizisten, Lehrer und Justizvollzugsbeamte besonders gefährdet.

Wie andere Arbeitnehmer auch nehmen die Betroffenen Abschlä-

ge bei der Höhe ihrer Pension in Kauf. Die Abschläge liegen bei 0,3 Prozent pro Monat der vorzeitigen Pension. Wer also mit der Antragsaltersgrenze von 63 in Pension geht und eigentlich bis 67 arbeiten müsste, erlangt einen Abschlag von 14,4 Prozent.

Die Sprecherin des Finanzministeriums weist ferner darauf hin, dass es innerhalb der Beamten-



„Der öffentliche Dienst reitet eine Krise nach der anderen ab.“

Ulrich Stock
Landesbeamtenbund

FOTO: VOLKSSTIMME

schaft unterschiedliche Altersgrenzen gibt. So müssen Angestellte in der Verwaltung in der Regel bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres arbeiten. Je nach Jahrgang steigt die Grenze bis zum 67. Lebensjahr. Für Vollzugsbeamte der Polizei, der Feuerwehr oder im Justizvollzug gelten gesetzlich besondere Altersgrenzen. Sie liegen bei Vollendung des 60. beziehungsweise des 62. Lebensjahres.

Kosten fürs Land steigen

Der Beamtenbund bestätigt, dass „insgesamt viele Beschäftigte des öffentlichen Dienstes sich mit dem Gedanken tragen, den frühestmöglichen Eintritt in die Rente oder Pension zu nutzen“. Diese Rückmeldung erhalte man regelmäßig aus den Fachgewerkschaften. Die Neigung sei bei Beamten oder nicht verbeamteten Arbeitnehmern im öffentlichen Dienst gleichermaßen ausgeprägt.

Die Entwicklung betrachtet der Berufsverband mit Sorge, sei sie doch ein Ergebnis sich stetig verschlechternder Rahmenbedingungen. „Maßgeblich ist hier die Arbeitsbelastung der letzten Jahre. Der öffentliche Dienst reitet eine

Krise nach der anderen ab“, sagt Ulrich Stock, Landesvorsitzender des Beamtenbundes. Dies verschleiße Personal. Hinzu komme, dass heute deutlich weniger Angestellte eine erhebliche Mehrzahl an Aufgaben abarbeiten müssen. Ein weiterer Faktor für die Negativspirale sei der Personalabbau. Bei vielen Stellen werde wegen des Mangels an geeignetem Personal oder generellen Einstellungsstopps auf Nachbesetzungen verzichtet. Stock zieht deshalb ein ernüchterndes Fazit: „Viele Kollegen glauben nicht mehr an Linderung der Arbeitsbelastung.“ Dabei sei auf der Leitungsebene die Bereitschaft, bis zum Erreichen der Altersgrenze zu arbeiten, noch am stärksten ausgeprägt.

Zuletzt waren auch die Aufwendungen des Landes Sachsen-Anhalt für die Pensionen stark gestiegen. Darüber hatte zuerst die Mitteldeutsche Zeitung berichtet. Demnach sind die Zahlungen seit 2014 um rund 150 Prozent von 167 auf 412 Millionen Euro gewachsen. Im gleichen Zeitraum hatte sich die Zahl der Beamten und Richter im Ruhestand von 7.200 auf 13.650 fast verdoppelt.